

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

Dr. Benedikt Marxer Landgerichtsvorstand



(paf) - Die Regierung hat mit Wirkung ab 16. Oktober 1995 Dr. Benedikt Marxer (Bild) zum Landgerichtsvorstand ernannt. Dr. Benedikt Marxer ist seit August 1981 beim Landgericht und zusätzlich seit April 1991 als liechtensteinisches Mitglied in der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Strassburg tätig. Als Landgerichtsvorstand ist er der Träger der Justizverwaltung, vertritt das Landgericht nach aussen und hat die Oberaufsicht über die Landgerichtskanzlei sowie die Aufsicht über das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt. Die Bestellung eines neuen Landgerichtsvorstandes wurde durch den plötzlichen Tod von Dr. Franz Rederer notwendig.

Das Schulzentrum Unterland in Eschen soll erweitert werden

Regierung unterbreitete dem Landtag einen Verpflichtungskredit von 9.1 Millionen Franken zur Genehmigung - Neubau auf östlichem Areal

Das Schulzentrum Unterland in Eschen soll erweitert werden. Der Neubau wird frei in das östliche Areal gesetzt werden. Die Regierung hat dem Landtag jetzt einen diesbezüglichen Verpflichtungskredit von 9,1 Millionen Franken zur Genehmigung unterbreitet, wie das Presse- und Informationsamt gestern mitteilte. Trotz dieser Schulerweiterung ist die Errichtung eines weiteren Schulzentrums im Unterland langfristig nicht auszuschliessen, heisst es in der Mitteilung.

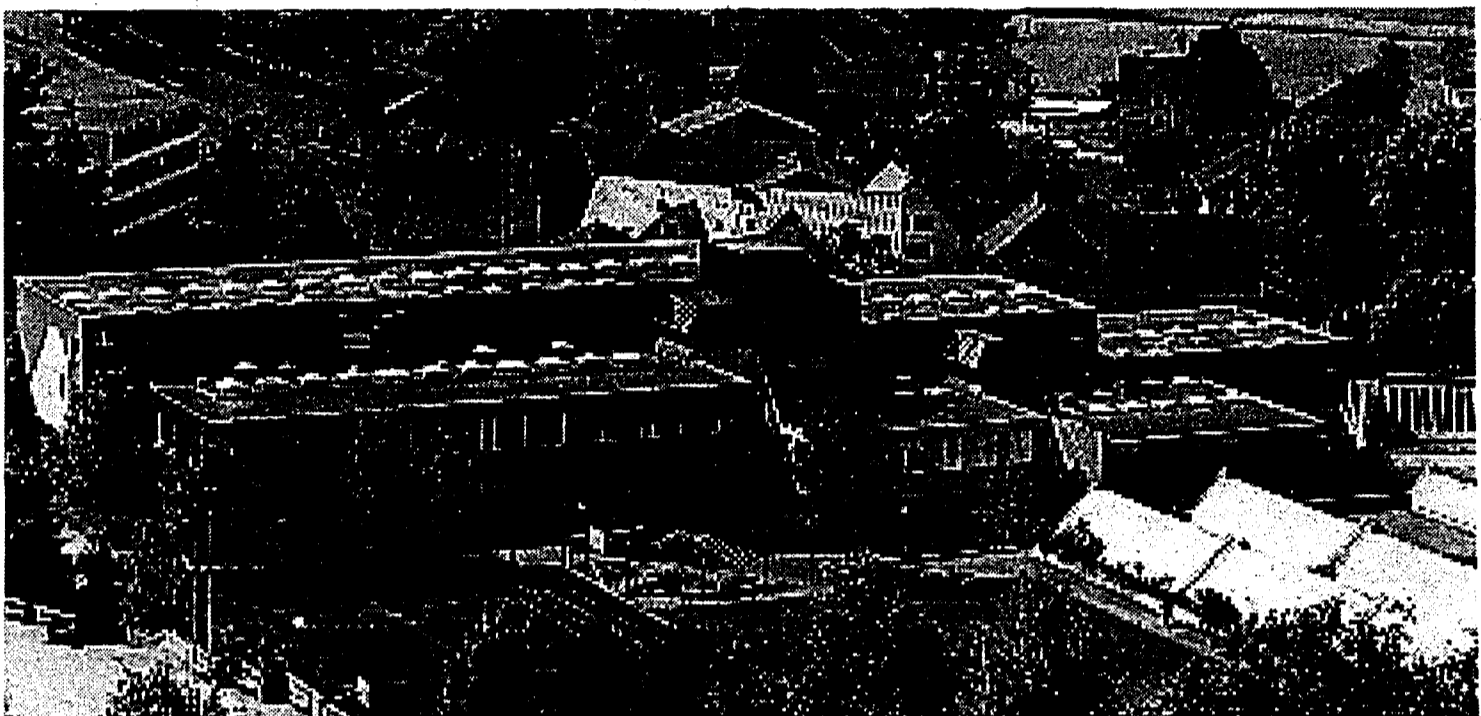
In den vergangenen 15 Jahren wurden sämtliche Raumreserven des Schulzentrums Unterland und die für Schüler und Lehrer zumutbaren Organisationsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Die Überbelegung des Schulhauses führt zu organisatorischen Konflikten und Engpässen in der Infrastruktur. Die beengten Räumlichkeiten rufen nach einer baulichen Erweiterung, um mittelfristig den Schulbetrieb zweckmässig weiterführen zu können.

Freistehender Neubau

Der Erweiterungsbau ist bezüglich des Raumprogrammes so geplant, dass für ca. 10 Jahre der Schulunterricht gut weitergeführt werden kann, ohne aber langfristig die Errichtung eines allfälligen weiteren Schulzentrums im Unterland auszuschliessen.

Der Neubau soll als sparsamer und anspruchsloser Baukörper frei in das östliche Areal gesetzt werden und über



Das Schulzentrum Unterland soll erweitert werden. Die Regierung hat dem Landtag jetzt einen Verpflichtungskredit von 9,1 Millionen Franken zur Genehmigung unterbreitet. (Archivbild)

einen Innenhof durch eine Glaspaselle mit dem Altbau verbunden werden. Der konstruktive Aufbau des Neubau teiles erfolgt aus Stahlbeton in Stützenbauweise. Es ist vorgesehen, 5 Normalklassen und einen Mehrzweckraum von je 70 m² und 2 Kleinklassen im Neubau unterzubringen. Ein Aufenthaltsraum und eine Mensa sollen ansatzmässig den Ausbau des Schulzentrums als Tagesschule

ermöglichen. Erschlossen vom Neubau, aber im bestehenden Schulbau integriert, ist die neu gestaltete Bibliothek, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Ebenfalls im Altbau untergebracht ist der geplante neue Informatikraum.

Der Lehrerverwaltungsbereich wird neu geplant und erweitert. Der Musikraum, der bislang als Klassenraum genutzt wird, kann wiederum seinem

ursprünglichen Zweck zugeführt werden. Ein seit langem gewünschter Lageraum kann ebenfalls im Altbau realisiert werden.

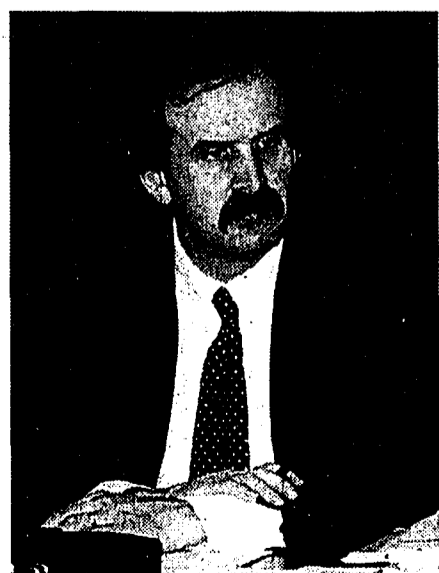
Der Neubau umfasst gesamthaft 7500 m³ umbauten Raum. Im Altbau sind vom Umbau rund 5100 m³ erfasst. Die Gesamtkosten der Erweiterung des Schulzentrums Unterland werden auf 9,1 Millionen Franken veranschlagt.

Die Verfassungskommission tagte

Die Verfassungskommission des Landtags hat am Montag, 2. Oktober 1995, mit ihrer ersten Sitzung die Arbeit aufgenommen, wie das Landtagssekretariat gestern Abend mitteilte. Entsprechend dem Auftrag des Plenums vom 14. September 1995 sollen in einer ersten Phase die offenen verfassungsrechtlichen Fragen aufgelistet werden, die einer textlichen Änderung, Ergänzung oder Erläuterung bedürfen, um Unklarheiten zu beseitigen. Wenn nach Abschluss des ersten Teils der Landtag dieser Liste zustimmt, hat die Verfassungskommission als zweiten Schritt den Text der betroffenen Artikel zu überarbeiten.

Die Verfassungskommission wird im Verlaufe der Beratungen Gespräche mit S. D. dem Landesfürsten und der Regierung aufnehmen, um die offenen verfassungsrechtlichen Fragen einer Lösung zuzuführen.

Der Verfassungskommission gehören an: Landtagspräsident Otmar Hasler (FBP) als Vorsitzender sowie die Abgeordneten Norbert Bürzle (VU), Dr. Gabriel Marxer (FBP), Paul Vogt (FL) und Dr. Peter Wolf (VU).



Die Verfassungskommission wird von Landtagspräsident Otmar Hasler presidiert.

Veterinäramt als eigentliche Vollzugsbehörde

Neues Heimtierfuttergesetz: Stellungnahme der Regierung zu den Fragen im letzten Landtag

(paf) - Während der ersten Lesung des Gesetzes über Heimtierfutter wurden vom Landtag Fragen zur Bestimmung von Begriffen, zur Rechtsnatur der EWR-Vorschriften und zur Delegation von Entscheidungsbefugnissen durch die Regierung aufgeworfen. Die Regierung hat die Fragen mit einer Stellungnahme beantwortet.

Nach den Begriffsbestimmungen der Gesetzesvorlage wird Heimtierfutter ganz oder teilweise aus «wenig gefährlichen Stoffen» hergestellt. Unter dem Begriff «wenig gefährliche Stoffe» sind nach den Ausführungen der Regierung tierische Abfälle zu verstehen, die in der Nahrungsmittelindustrie anfallen und zu

Heimtierfutter weiterverarbeitet werden. Fachgerecht behandelt oder verarbeitete tierische Abfälle sind das mit Abstand wichtigste Ausgangsprodukt für Heimtierfutter. Beim Begriff «wenig gefährliche Stoffe» handelt es sich um einen gebräuchlichen und funktionalen Begriff im Heimtierfütterrecht, an dem festgehalten werden sollte.

Aufgabenteilung vorgesehen

In der Gesetzesvorlage beziehen sich die Anforderungen an die Betriebe der Heimtierfütterindustrie auf EWR-Richtlinien, die an sich erst am 1. Januar 2000 umgesetzt sein müssten. Dieser inhaltliche Bezug auf EWR-Richtlinien - auch ohne Rechtspflicht - wurde deshalb ge-

wählt, weil nach Ansicht der Regierung die Schweizerischen Vorschriften über die Anforderungen an die Futtermittelbetriebe, die über den Zollvertrag in Liechtenstein angewendet werden, nicht ausreichend sind.

Die Gesetzesvorlage sieht eine Aufgabenteilung zwischen Regierung und Landesveterinäramt vor: Während die Regierung die Bewilligungsbehörde ist, wird das Landesveterinäramt als eigentliche Vollzugsbehörde tätig. In der überarbeiteten Gesetzesvorlage, die dem Landtag zusammen mit der Stellungnahme unterbreitet wurde, wird neu ausdrücklich vorgesehen, dass die Regierung Bewilligungsbefugnisse an das Veterinäramt delegieren kann.

Soforthilfe für die Bauern verlangt

Bern (AP) Mit einer Serie von kantonalen Standesinitiativen wollen SVP-Parlamentarier ein Sicherheitsnetz für die Schweizer Bauern knüpfen. Der Vorstoss folgt auf das Nein des Stimmvolks vom 12. März zur bisherigen Agrarpolitik, hat aber eine andere Stossrichtung als das Projekt einer Parlamentskommission. Kantonale SVP-Parlamentarier wollen in sechs bis zehn Kantonen Motionen für eine gleichlautende Standesinitiative einreichen.

Gemäss dem gestern in Bern vorgestellten und in der «BauernZeitung» veröffentlichten Initiativtext sollen auf dem Dringlichkeitsweg Sofortmassnahmen ergriffen werden, die die Bauern bis zum Inkrafttreten der neuen Landwirtschaftspolitik unterstützen.

Friedensnobelpreis für Atomwaffengegner Joseph Rotblat

Joseph Rotblat und die Pugwash-Konferenzen ausgezeichnet - Deutliche Botschaft an Frankreich und

Oslo (AP) Das Nobelpreiskomitee in Oslo hat den diesjährigen Friedenspreis dem 86jährigen britischen Physiker Joseph Rotblat und seiner Pugwash-Bewegung zuerkannt und damit ein deutliches Signal zur Abschaffung der Atomwaffen gegeben. Greenpeace sprach gestern von einer «phantastischen Entscheidung». Frankreich verteidigte indessen seine Atomtests.

Das Nobelpreiskomitee verwies in seiner Erklärung auf den 50. Jahrestag des Atomwaffenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki im August dieses Jahres. Zehn Jahre danach verbreiteten elf renommierte Wissenschaftler - darunter Bertrand Russell, Albert Einstein und Rotblat - das sogenannte Russell-Einstein-Manifest, demzufolge Erfinder die Verantwortung für ihre Entdeckungen übernehmen müssen. Es bildete die Grundlage für die erste Konferenz von Wissenschaftlern und Regierungsberatern, die im Jahre 1957 auf der Pugwash Farm in Kanada stattfand und der Bewegung ihren Namen gab. Die Konferenzen finden seitdem jährlich an wechselnden Orten statt; in diesem Jahr tagte der inzwischen auf mehrere hundert angewachsene Teilnehmerkreis in Hiroshima.



Freude am Freitag den 13.: Rotblat vernahm gestern die frohe Kunde in London.

Rotblat, ein britischer Staatsbürger polnischer Abstammung, ist seit 1988 Präsident der Bewegung, die ihr Sekretariat in London hat. Er war während des Zweiten Weltkriegs an dem sogenannten

Manhattan-Projekt beteiligt, das zum Bau der ersten amerikanischen Atombombe führte. Er trat jedoch zurück, sobald klar wurde, dass Deutschland keine Nuklearwaffen mehr entwickeln konnte und die Bombe vor allem der Einschüchterung Russlands dienen sollte. Rotblat hat sich seit Jahrzehnten unermüdlich für atomare Abrüstung und einen nuklearen Teststopp eingesetzt.

Konfliktlösung mit anderen Mitteln

In der Würdigung des Nobelpreiskomitees hiess es, die Organisation sei in dem Bestreben gegründet worden, letztlich alle Nuklearwaffen zu zerstören. Sie habe dabei die Vision, dass internationale Konflikte mit anderen Mitteln als mit Krieg gelöst werden sollten. Die Bewegung habe immer eindringlich auf die katastrophalen Konsequenzen des Einsatzes von Atomwaffen hingewiesen.

Der Komiteevorsitzende Francis Sejersted machte keinen Hehl daraus, dass mit der Entscheidung Frankreich und China verurteilt werden sollten. «Eines der Motive für die Preisvergabe ist der Protest gegen Versuche mit Nuklearwaffen und gegen atomare Rüstung überhaupt», sagte er vor Journalisten.



federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
BUCHS UND VADUZ

aktuelle Themen

- Personalprobleme bei der Landespolizei.....2
- 'Jeues aus der FBP-Führung.....3
- Leserservice.....4
- Berufswettbewerbe in vollem Gange.....5
- Neues Hilti-Werk in China.....7
- Fussball-Derby: Balzers gegen Schaan.....15
- Österreich: Parlament aufgelöst.....19
- Hohe Strafen für Brandstifter.....20